

Studierendenparlament der JLU Gießen
Otto-Behaghel-Straße. 25
Haus D
35392 Gießen



Links Grün Versiffte Liste SDS
c/o LINKE.Gießen
Marktplatz 2
35390 Gießen

Gießen, den 08.04.2023

Antrag zu einer Zivilklausel an der JLU

Sehr geehrte Parlamentarier*innen,
Liebe Studierendenschaft,

Die Organe der Verfassten Studierendenschaft setzen sich gegenüber der Hochschulleitung und anderen Gremien der akademischen Selbstverwaltung für die Einführung einer Zivilklausel an der Justus-Liebig-Universität ein. Mit dieser Selbstverpflichtung soll sichergestellt werden, dass die Forschung der JLU ausschließlich zivilen Zwecken dient. Die Einhaltung dieser wird über eine Reform der ständigen Kommission zu sicherheitsrelevanter Forschung sichergestellt.

Begründung:

Nicht der Krieg, der Friede ist der Vater aller Dinge.

- Willy Brandt

Im Namen der Studierendenschaft möchten wir die Einführung einer Zivilklausel an der Justus-Liebig-Universität Gießen beantragen. Damit würde Gießen dem Vorbild von 77 anderen Universitäten und Hochschulen aus ganz Deutschland (u. a. in Kassel, Darmstadt und Marburg) folgen. Eine Zivilklausel stellt ein wichtiges Instrument dar, um ein deutliches Zeichen gegen jegliche Form des Militarismus auf dem Campus zu setzen. Es geht darum, dass Hochschulen auch ethische, moralische und soziale Aspekte berücksichtigen, wenn sie Drittmittel annehmen oder Forschungsprojekte durchführen. Die Forschung unter militärischen Prämissen ist nicht mit dem Anspruch einer Universität als Raum der freien Entfaltung vereinbar. Zudem widerspricht die humanistische Grundlage universitären Arbeitens und ein universalistisches Menschenbild dem essentialistisch-partikularistischen Denken in Nationalgrenzen und damit verbundenen Militärkonflikten.

Eine Einflussnahme von militärischen Interessengruppen auf die Forschung an der JLU steht im Widerspruch zum Konzept einer freien und demokratischen Universität. Die Militärforschung ist weder unabhängig noch frei, sondern steht vielmehr unter dem Einfluss wirtschaftlicher Interessen. Da die Universitäten in ihrem neoliberalen Finanzierungssystem

stark auf Drittmittel angewiesen sind, geraten die Fachbereiche unter Druck, sich auf finanzkräftige Forschungsprojekte einzulassen, was mittelfristig zu Abhängigkeiten führen kann. Ein besonders anschauliches Beispiel hierfür sind amerikanische Hochschulen, die oft auf Finanzierungen vom Pentagon angewiesen sind. Das Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten ist mittlerweile der drittgrößte Spender für Wissenschaftsförderung. In Deutschland flossen von 2008 bis 2019 21,7 Millionen USD aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium in Forschungsprojekte - zumindest ist dies die öffentlich bekannte Summe¹.

Ein weiteres Problem der militärischen Forschung ist, dass sie oft der Geheimhaltung unterliegt, was im Gegensatz zur transparenten und offen gestalteten Arbeitsgrundsätzen einer Universität steht. Es besteht auch kaum die Möglichkeit, sicherzustellen, welche Erkenntnisse in die Entwicklung und Produktion von Waffensystemen, sowohl defensiven als auch offensiven, einfließen. In einem Staat, in dem Hochschulen nach Managementkriterien umgestaltet werden, um wirtschaftlich erfolgreich zu forschen, führt eine Forschungsfinanzierung über militärische Einrichtungen zwangsläufig zu einer Kanalisierung der Gelder, die zu Lasten der nützlichen zivilen Forschung geht.

Darüber hinaus sind neben deutschen und amerikanischen Akteuren auch Institutionen aus anderen Staaten an deutschen Hochschulen mit Forschungsfinanzierungen aktiv. Aus einer kleinen Anfrage der FDP-Fraktion im hessischen Landtag gehen die Kooperationen hessischer Hochschulen mit ausländischen Partnern aus Ländern mit autoritären Regimen hervor, darunter etwa China, Russland, Aserbaidschan und Ägypten.

Wir fordern daher die Zivilklausel als Schutz der JLU vor Eingriffen militärischer Strukturen und zur Garantie, dass die Forschung an unserer Uni nicht zu kriegerischen Zwecken betrieben wird und Ihre Ergebnisse nicht die Grundlage zur Vernichtung von Menschenleben bilden. Die Schaffung einer Zivilklausel ist ein wichtiger Schritt zur Förderung der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und Forschung für ein friedliches Zusammenleben.

Mit solidarischen Grüßen,

Tristan Stinnesbeck, Michael Siebert, Ksenia Mehovic

Links Grün Versifftete Liste **SDS**

¹<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/us-militaerforschung>